

NATIONALFONDS-STUDIE ÜBER ENTWICKLUNG VON LOKALSEKTIONEN DER SCHWEIZERISCHEN PARTEIEN

Milzsystem vor einer ernsthaften Krise

Der Trend zu einer freieren Lebensgestaltung führt in den Parteien zu Mitgliederschwund. Das hat Folgen für die Schweiz: Das feingliedrige, föderalistische System und die politische Stabilität sind gefährdet.

von ANDREAS LADNER und URS MEULI

ZÜRICH. Die Lokalparteien bilden die eigentliche Basis der Schweizer Parteien. Sie organisieren die Parteimitglieder, rekrutieren die Kader, tragen zur Finanzierung bei und sichern die Verankerung der Partei in der Wählerschaft. Insgesamt dürften in der Schweiz etwas mehr als 5000 lokale Parteiorganisationen existieren. Bei mindestens drei Viertel davon handelt es sich um Sektionen der vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SVP und SP, das letzte Viertel verteilt sich etwa gleichmässig auf die Lokalsektionen der kleineren Parteien GPS, EVP, CSP, LPS, EDU und SD sowie auf lokale Parteien und gemeindefestspezifische Gruppierungen. Angesichts der beschränkten Grösse der überwiegenden Mehrheit der rund 2800 Gemeinden kann die Verbreitung der Parteien in den Gemeinden im internationalen Vergleich als relativ stark bezeichnet werden.

Kinder der 1970er Jahre

Nicht selten blickten diese Lokalparteien auf eine stolze Vergangenheit zurück. Teilweise sind sie sogar älter als die nationale Partei. 40 bis 50 Prozent der Lokalparteien sind jedoch erst nach 1970 entstanden. Zu einem Zeitpunkt also, als die Parteien versuchten, sich zu Volksparteien zu entwickeln und ihre Basis stärker einzubinden. Diese Parteiloyalisierung der Gemeinden war anfänglich sehr erfolgreich.

In jüngerer Zeit werden in kommunalen Wahlen wieder vermehrt Parteilose oder Mitglieder von unabhängigen lokalen Gruppierungen gewählt. Dieser Trend verläuft parallel zu Entwicklungen auf der Ebene der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Dort bestätigen Umfragen, dass die Parteibindungen zurückgegangen sind und der Anteil der Wechselwähler zugenommen hat. Gleichzeitig ist es bei den Parteien selbst zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse gekommen. Seit den 1990er Jahren vermochte nur noch die SVP ihr Netz an Lokalparteien markant auszubauen, weil es ihr gelang, sich vor allem auch in katholischen Gebieten festzusetzen. Etwa ein Viertel der SVP-Lokalparteien ist nach 1990 entstanden.

Die Schweizer Parteien sind verhältnismässig gut in der Bevölkerung verankert. Zusammen verfügen sie gegen Ende der 1990er Jahre über etwa 300 000 Mitglieder, was rund 6 Prozent der Stimmberechtigten entspricht. Im inter-

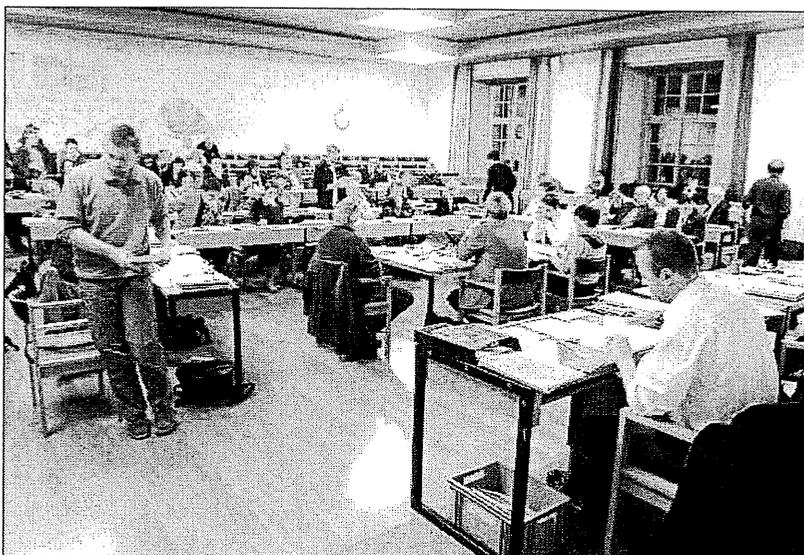


Bild: Archiv/wad

Selbst für das Mitwirken in städtischen Parlamenten (Bild: der Winterthurer Grosse Gemeinderat) interessieren sich immer weniger Personen. Besonders in kleineren Gemeinden ist es aber oft fast unmöglich, fähige Leute für Ämter zu gewinnen.

nationalen Vergleich liegt dieser Wert im vorderen Mittelfeld. In den letzten Jahren ist die Basis aller Parteien jedoch merklich schmaler geworden, und zwar auf allen Stufen: bei den Anhängern, den Mitgliedern und den Aktiven.

Die Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien, die bereits 1990 existierten, haben seither zusammen rund einen Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Am wenigsten ausgeprägt war der Rückgang bei SVP und SP (13 und 15 Prozent), deutlich grösser bei FDP und CVP (25 und 27 Prozent).

Anders als FDP und CVP vermochte die SVP durch das Vordringen in die katholischen Kantone und in die Westschweiz ihre Mitgliederversluste in den älteren Sektionen zu kompensieren, so dass unter dem Strich eine positive Bilanz resultiert. Im Durchschnitt sind aber auch die SVP-Lokalsektionen kleiner geworden. Bei der SP, der anderen erfolgreichen Bundesratspartei der letzten Jahre, ist die Gesamtbilanz rückläufig. Einzig bei den Grünen gehen anscheinend die Wahlerfolge mit einer Vergrößerung der Basis einher, wobei das Wachstum mehr durch die Aufnahme von ehemaligen Sektionen des Grünen Bündnisses stattgefunden hat.

Immer weniger Parteiaktivisten

Ein noch düstereres Bild ergibt sich bei der Entwicklung der Zahl der Parteiaktivisten. Als Aktive gelten jene Mitglieder, die sich für die Partei engagieren und teilweise auch für Parteiarbeiten einge-

setzt werden können. Insgesamt gelten rund ein Drittel der Parteimitglieder als Aktive. Bei der SP, die deutlich höhere Ansprüche an ihre Mitglieder stellt, liegt der Aktivenanteil bei über 40 Prozent, bei FDP und CVP bei etwa einem Viertel.

Heute können noch etwas mehr als 80 000 Parteimitglieder zu den Aktiven gezählt werden. Vor 14 Jahren war der Kreis der Aktiven in den einzelnen Lokalparteien demgegenüber deutlich grösser. Seither ist bei FDP und SVP die Zahl der Aktiven um gegen 30 Prozent zurückgegangen, bei der CVP liegt der Rückgang gar bei über 40 Prozent und auch bei der SP beträgt er noch etwas mehr als 15 Prozent.

Die Parteien werden älter

Ein grosses Problem der Parteien liegt im nachlassenden Interesse jüngerer Bevölkerungskreise sich parteipolitisch zu engagieren. Dies hat in den letzten Jahren zu einer markanten Alterung der Ortsparteien geführt. Machten 1990 die Unter-45-Jährigen noch deutlich mehr als die Hälfte der Aktiven aus, sind sie heute mit rund 43 Prozent klar in der Minderheit.

Diese Veränderungen werden Folgen haben. Im Vergleich zu anderen Lebenssphären wie Arbeitswelt und Sport erfolgt die Integration in das politische System sehr spät. Erst wenn sich die Leute beruflich und privat gefestigt haben, fangen sie an, sich für die lokale Politik zu interessieren. Der Eintritt in die etablierten Parteien vor dem 30. Altersjahr ist eher die Ausnahme als die Regel, der Anteil der Unter-30-Jährigen beträgt weniger als 10 Prozent. Als Nachwuchskategorie gelten deshalb die 30- bis 45-Jährigen, während die 45- bis 60-Jährigen die Generation stellt, welche die Lokalpolitik beherrscht und die meisten Ämter in Partei und Gemeinde einnimmt.

Vitale Senioren kneißen

Beunruhigend ist nun, dass sich das Gröszenverhältnis zwischen diesen beiden bedeutendsten Altersgruppen seit 1990 umgekehrt hat. Der Anteil der 30- bis 45-Jährigen ist von 41 auf 35 Prozent zurückgegangen und liegt heute deutlich unter dem Anteil der 45- bis 60-Jährigen, der von 34 auf knapp 43 Prozent gestiegen ist. Nicht feststellen lässt sich eine verstärkte Mobilisierung der in verschiedenen Lebensbereichen immer aktiver werdenden Rentnergenerationen.

Besonders auffällig ist der Alterungsprozess bei den Grünen: Ende der 1980er Jahre waren drei Viertel der Aktiven der Grünen jünger als 45, heute sind es weniger als die Hälfte. Besonders krass ist der Anteil der Unter-30-Jährigen geschrumpft, nämlich von einem Drittel

der Aktiven auf unter 20 Prozent. Aber auch die SP plagt Alters Nachwuchssorgen. Bei ihr ist vor allem die Generation der 30- bis 45-Jährigen sehr stark geschrumpft, und sie ist heute die Partei mit dem höchsten Anteil an Über-45-Jährigen bei den Aktiven. Vor allem die grösseren Anteile derjenigen, die im Gefolge der 1968er-Bewegung politisiert wurden, konnten nicht mehr kompensiert werden.

Rekrutierungsprobleme

Die zahlreichen kleinen Schweizer Gemeinden bringen es mit sich, dass eine beachtliche Zahl von Personen grundsätzlich bereit sein muss, politische Verantwortung zu übernehmen. Auf Gemeindeebene dürften schätzungsweise zwischen 150 000 und 170 000 Ämter zu besetzen sein. Die Parteien tragen die Hauptlast bei der Rekrutierung der Kandidaten.

Der Schwund der Parteibasis hat zur Folge, dass es für die Parteien immer schwieriger wird, geeignete Personen zu finden. Besonders schwierig ist die Besetzung der zeitintensiven Exekutivämter in mittelgrossen Gemeinden. Für die prestigeträchtigen Mandate in den Städten stehen demgegenüber genügend Leute zur Verfügung. Da diese Rekrutierungsprobleme bei allen Parteien in gleichem Masse auftauchen, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. Ähnliche Besetzungsorgen plagten die Lokalparteien auch bei parteiinternen

Ämtern. Auch hier sind die Differenzen zwischen den Parteien gering. SP und CVP haben am meisten, die SVP am wenigsten Mühe Leute für die parteiinterne Arbeit zu motivieren.

Zwischentief oder Wandel?

Wie dramatisch sind die Entwicklungen in den Lokalparteien? Handelt es sich um ein konjunkturelles Tief oder versteckt sich dahinter ein tief greifender Wandel der politischen Landschaft? Ganz ähnlich wie in anderen Problembereichen gilt auch hier, dass die Klagen über die Erosionstendenzen an der Basis der Parteien auf einem hohen Niveau stattfinden. Zudem könnte auch sein, dass aufeinander folgende Generationen sich nicht im selben Masse für die Politik begeistern und dass politisches Interesse und Beteiligungsbereitschaft wieder zunehmen.

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Parteien vor einer ernsthaften Krise stehen. Gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr Individualität und die Möglichkeit aus verschiedenen Lebensformen wählen zu können (oder zu müssen) haben zu einer allgemein sinkenden Attraktivität von traditionellen Institutionen geführt.

Mit der Leistungsfähigkeit der Parteien steht erstens das schweizerische politische Modell mit seiner feingliedrigen, föderalistischen Struktur auf dem Prüfstand. Der grosse Bedarf an politischem Personal in der Schweiz ist durchaus positiv. Je mehr Leute ein politisches Amt übernehmen, desto grösser ist das soziale Kapital einer Gesellschaft, und das hat positive Auswirkungen auf das alltägliche Leben und schliesslich auch auf die Wirtschaft. Gelingt es den Parteien angesichts der dünner werdenden Personaldecke in Zukunft nicht mehr, für diese zahlreichen Ämter genügend geeignete Personen zu rekrutieren, so kann diese politische Feingliederung nicht mehr aufrechterhalten werden.

Eine zweite Folge zielt direkter auf die Zukunft der Parteien ab. Lange Zeit waren die parteipolitischen Verhältnisse in der Schweiz ausgesprochen stabil. Ursache für diese Stabilität war nicht zuletzt auch die feste Verankerung der Parteien in bestimmten Segmenten der Bevölkerung. Es ist nicht zufällig, dass diese Erosionstendenzen an der Basis der Parteien in eine Zeit fallen, in der auch das Parteiensystem stärker in Bewegung geraten ist. Ohne feste Verankerung der Parteien sind auch künftig grössere Wählerstimmenschiebungen zu erwarten. Dies macht zwar die Politik spannender, stellt aber das Konkordanzsystem mit seiner Vorliebe für stabile politische Verhältnisse vor grosse Herausforderungen.

Die beiden Autoren arbeiten am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Sie haben in den Jahren 1989/1990 und 2003/2004 in der ganzen Schweiz 2500 lokale Parteiorganisationen befragt. Ein Überblick über die Ergebnisse findet sich im Internet: www.socio.ch/par

Frauen holen indirekt auf

Seit 1990 sind wieder weniger Frauen in Parteien aktiv. Weil der Anteil der aktiven Männer aber geradezu eingebrochen ist, haben sich die Geschlechterverhältnisse trotzdem fast angeglichen.

Wurde in den 1980er Jahren der Rückgang der Parteibasis durch den späten Einbezug der Frauen in das politische Geschehen noch kaschiert, scheint die Mobilisierung des weiblichen Geschlechts in den letzten Jahren an ihre Grenzen gestossen zu sein. Allerdings ist die rückläufige Entwicklung in Lokalsektionen primär auf die CVP zurückzuführen, in der die Zahl der aktiven Frauen um fast die Hälfte gesunken ist. In der FDP und SVP ist die Frauenpräsenz nur leicht zurückgegangen, in der SP leicht gestiegen.

Hingegen sind die Männerzahlen bei den Parteiaktivisten regelrecht eingebrochen, und das in praktisch allen Parteien. Am stärksten ist auch hier die

CVP mit einem Verlust von mehr als 40 Prozent betroffen. Aber auch in der FDP mit einem Drittel und in SVP und SP mit einem Viertel sind die Rückgänge aktiver Männer massiv.

Zumindest eine positive Auswirkung hat diese Erosion der Männerzahlen an der Parteibasis. Die Geschlechterverhältnisse haben sich trotz Stagnation der Frauen angeglichen. Heute liegt der Frauenanteil bei den Parteiaktivisten bei rund 37 Prozent gegenüber 32 Prozent vor 14 Jahren. FDP, CVP und SVP verzeichnen 32 bis 34 Prozent, SP und EVP 43 Prozent, die Grünen über 50 Prozent. In den bürgerlichen Parteien hat die Angleichung vor allem deshalb stattgefunden, weil der Rückgang bei den Männern deutlich grösser war. In der SP und bei den Grünen stehen den Rückgängen bei den Männern auf Seiten der Frauen positive Zuwachsraten gegenüber. (al/um)

Die Problemzonen

Nicht alle Kantone und nicht alle Parteien sind gleich stark von den Erosionstendenzen und Krisenserscheinungen betroffen. Fasst man die rückläufigen Mitglieder- und Aktivenzahlen, die Rekrutierungsschwierigkeiten, die rückläufige Präsenz im politischen Leben der Gemeinde und der häufige Rückgriff auf parteiexterne Kandidaten zu einem Krisenindex zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Am wenigsten Krisensymptome zeigt mit Abstand die SVP. Es folgen SP, CVP und FDP.

Problematische Kantone für die SVP sind vor allem Bern, Uri und Graubünden, in denen sie über dem gesamtschweizerischen «Krisenmittelwert» liegt. Die SP scheint vor allem in Bern, Schwyz, Glarus, Zug, Baselland, Aargau und Thurgau grössere Schwierigkeiten an der Basis zu haben. Bei der CVP machen sich die Erosionstendenzen in der Mehrheit der Kantone be-

merkbar. Am besten scheint es den CVP-Lokalparteien in Schwyz, Graubünden, Thurgau, Tessin und Wallis zu gehen. Auch bei der FDP sind in einer grossen Zahl der Kantone die Erosionstendenzen deutlich spürbar. Etwas weniger gross scheint hier der Druck in Zug, Freiburg, Schaffhausen, Thurgau, Tessin und Wallis zu sein.

In der Regel liegt der Krisenindex in grösseren Gemeinden tiefer als in kleineren. Eine Ausnahme bildet die FDP. Hier weisen Lokalparteien in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern den grössten Wert auf.

Zu den Kantonen, in denen die Erosionstendenzen an der Basis generell ausgesprochen stark sind, gehören Luzern, Glarus, Solothurn, Baselland, St. Gallen und Aargau. Dabei gilt in der Regel, dass FDP, CVP und SP Schwierigkeiten haben, während es der SVP verhältnismässig gut geht. (al/um)